

Initiative will gegen das Gesetzesvorhaben von NRW-Familienminister Laschet demonstrieren

Kibiz in der Kritik der Verbände: „Eine Mogelpackung“

Von Walter Bau

Düsseldorf. Das geplante Kinderbildungsgesetz (Kibiz) erhitzt weiter die Gemüter. Familienverbände und Gewerkschaften bekräftigten ihre Kritik an dem neuen Regelwerk für die Kindergärten. Doch der zuständige Familienminister bleibt hart.

„Das Gesetz ist eine Mogelpackung“, erklärte der Sprecher des „Forums zur Förderung von Kindern“, Gerhard Stranz, gestern in Düsseldorf. Die vorgesehenen Regelungen „entlasten das Land und führen zu Belastungen bei Eltern, Mitarbeiterinnen, Trägern und Kommunen“. Die Initiative, in der sich 26 Verbände zusammengeschlossen haben, will am 15. September vor dem Landtag gegen das Gesetzesvorhaben von NRW-Familienminister Armin Laschet (CDU) demonstrieren.

Stranz warf der Landesre-

gierung weiter vor, zu wenig Geld für die Kindergärten auszugeben. Die von der Schwarz-Gelb zugesagten Finanzmittel glichen nicht einmal die Kürzungen der vergangenen Jahre aus, so die Kritik. Trotz der zugesagten 1,1 Milliarden Euro bleibe ein Defizit von 400 Millionen Euro. Das reiche für eine bessere Betreuung und Bildung im Vorschulalter nicht aus. Die Initiative fordert mehr Personal.

Es werde aber keine zusätzlichen Erzieherinnen, sondern einen weiteren Stellenabbau geben, befürchtete Marianne Buhl von der Katholischen Erziehergemeinschaft NRW. Wenn Kindergärten nur 25 Stunden in der Woche öffnen dürften, wie die Landesregierung vorsehe, werde dies zur weiteren Zwangsteilzeit für Erzieherinnen führen. Seit 1998 seien bereits rechnerisch rund 13 000 Stellen abgebaut worden, weil viele Er-



Bleibt hart: Familienminister Armin Laschet

(dpa-Bild)

zieherinnen nicht mehr Vollzeit arbeiten dürften.

Der Verband Bildung und Erziehung rief die Kindertagesstätten auf, Landtagsabgeordnete für einen Tag zum Praxistest einzuladen. Für die

Entscheidung der Abgeordneten sei es hilfreich, den Arbeitsalltag einer Erzieherin einmal aus nächster Nähe kennen zu lernen.

Während CDU und FDP vom einem „notwendigen

Systemwechsel“ bei den Kindergärten sprachen, schlossen sich SPD und Grüne im Landtag der Kritik an. „Immer mehr Verbände sind mit uns der Auffassung, dass das Kibiz Mumpitz ist“, so SPD-Familienexpertin Britta Altenkamp. Nach Ansicht der Grünen geht ein Wegfall der Begrenzung der Gruppengröße zu Lasten der Kinder.

Minister Laschet wies die Kritik zurück. Es sei klar gewesen, dass ein wichtiges Reformvorhaben nicht reibungslos durchgehen würde. Die Proteste seien jedoch „Einzelstimmen und keinesfalls massiver Widerstand“. Die Landesregierung werde die finanzielle Ausstattung der Kindertageseinrichtungen verbessern und 2008 gegenüber 2007 um 150 Millionen Euro auf 969 Millionen Euro aufstocken. Ab 2009 sollen im Haushalt mehr als eine Milliarde Euro für Kinder aufgewendet werden.